EP-WS-01-026-2

Was uns schützt.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	KV Reinickendorf
Beschlussdatum:	17.10.2023

Änderungsantrag zu EP-WS-01

Von Zeile 26 bis 27 einfügen:
Bewohnbare Dörfer, Städte und Länder sind Grundvoraussetzung für Frieden und Wohlstand. Im Pariser Klimaabkommen wurde das Ziel formuliert, die globale Erderwärmung im Mittel bei deutlich unter 2 Grad zu halten, und alle Bemühungen aufrecht zu erhalten, nicht über 1,5 Grad zu kommen. Dieses Ziel gerät zunehmend in Gefahr. In Deutschland war bereits 2021 die Erwärmung auf über 1,6 Grad gestiegen. Wir sind also schon 6 Jahre nach dem Parisabkommen überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen. Der Klimawandel wirkt nicht einfach irgendwo, sondern ganz klar auch bei uns vor Ort.

Die Klimaveränderung ist natürlich kein ausschließlich lokales Problem. Sie ist nur in Großräumen in den Griff zu bekommen. Der EU als einer der weltweit größten CO2-Emittenten kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, unsere Verpflichtungen im Rahmen des Parisabkommens nachzukommen. Deutschland braucht die Hilfe der EU, damit wir gemeinsam Europa als unsere lebenswerte Heimat und die Welt insgesamt erhalten.

Begründung

Weltweit liegt die mittlere Erwärmung seit 1850 im Mittel bereits bei „nur” 1,2 Grad – die meisten Staaten der Erde können daher das Pariser Klimaziel durchaus noch einhalten. Doch ist das Versprechen der Klimakonferenz in Paris (2015), alles zu tun, die Erwärmung unter 1,5 Grad zu halten, nur noch unter höchsten Anstrengungen einlösbar, wenn nicht sogar befreits unmöglich.

Beispielsweise, stellt der Deutsche Wetterdienst fest, dass seit Beginn der verlässlichen Messungen (1881) die Temperatur im Mittel in Deutschland schon um 1,7 Grad gestiegen ist. Bereits zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung war man sich sicher, dass die Temperatur in Deutschland um mindestens 1,6 Grad im Mittel gestiegen war.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, die Wähler*innen darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland bereits (seit längerem) nach zwölf ist und dass das politische Geplänkel um die Verträglichkeit der Maßnahmen die Unverträglichkeit der Konsequenzen nach sich zieht. Dies gilt insbesondere auch für die politische Glaubwürdigkeit der deutschen Umweltbestrebungen, die ein immer bedeutungsvollerer Faktor in der Glaubwürdigkeit und für den Erfolg deutscher Exportbestrebungen sind. Wenn Deutschland und Europa als ganzes hier nicht sehr schnell massiv verlieren soll, muss energisch gegengesteuert werden. Offensichtlich geht das allein aus innerdeutscher Kraft nicht. Deutschland muss sich dazu Hilfe bei der EU holen – und das ist dann ein sinnvolles Statement für ein Europawahlprogramm.

Dieser Antrag ist Teil eines Gesamtantrags des KV Reinickendorfs, der aufgrund der Beschaffenheit des Wissenswerks als Einzelanträge gestellt werden müssen.